BERND MARIN

Kindergeld: Manna oder Scheckbetrug?

Dank ÖVP und FPÖ ist Familienpolitik seit Jahren im Zentrum. Das missglückte Karenzgeld-Gesetz (KGG) soll reformiert werden. Das ist gut so. Doch an den Reformvorschlägen – FP-Kinder-Betreuungsscheck (KBS), VP-Karenzgeld für alle (KFA) als „erster Schritt" zu KBS, SP/LiF-einkommensbezogenes Karenzgeld (EBK) usw. – scheiden sich die Geister. Auch das ist gut so, weil es um weit mehr geht als um jährlich zig Milliarden.

Ist noch mehr Kindergeld nicht fair und vernünftig? Oder ist in den Wahlgeschenken nicht drin, was draufsteht, die Geldmanipulation nicht gekennzeichnet, der Scheck nicht gedeckt bzw. beim Empfänger einzuheben? Wem nützen und wem schaden die Vorschläge? Sind sie finanzierbar? Und wohin führen sie?

So viel steht fest:

1. *Der Status quo des KGG ist dringend reformbedürftig*: Als Einkommensersatz für Berufsunterbrechung ist es armselig niedrig, 50 Prozent unter der Armutsgrenze. *Nicht alle Eltern sind gleich*: Karenzgeld ist fix, es verletzt das Versicherungsprinzip und diskriminiert Mittelschicht-Mütter und Väter – je mehr sie einzahlen, desto weniger kriegen sie zurück. Es benachteiligt Bäuerinnen, Selbstständige– und berufsorientierte Eltern, die keine Karenz beanspruchen. Die Bezugsdauer ist seit dem Sparpaket an Zivilstand bzw. Lebensform der Eltern geknüpft und diskriminiert Kinder gerade der ärmsten Mütter, nämlich Alleinerzieherinnen, sodass *nicht alle Kinder gleich* behandelt werden. Es behindert selbst willige Väter an Karenz und verleitet Frauen zu Berufsausstieg – eine Arbeitslosen- und Armutsfalle für Niedrig-LohnbezieherInnen. Teuer, schadet es mehr, als es nützt.

Karenzgeld für alle

2. KFA brächte Zusatzkosten, kaum Zusatznutzen, aber Zusatzschaden, weil es KGG-Fehler ausweitet und bizarr ergänzt: Es soll leistungsfrei, ohne Bedarfs-Check an alle gezahlt werden, gleichgültig, ob sie es brauchen, verdienen oder dazu beitragen. Beide Grundsätze von Transfers, Bedürftigkeit oder Beitragsgerechtigkeit, wären außer Kraft. *Nicht jede Mutter wäre gleich viel wert: Nur-Hausfrauen-Mütter würden mehr gefördert als alle anderen* berufstätigen (Haus-)Frauen und Mütter, Aussteigerinnen und Schülerinnen mehr als berufstätige Eltern. *In Summe erhielten Alleinernährer- weit höhere, Zweiverdiener-Familien niedrigere Haushaltseinkommen als vor der Babypause*. Eine kleine und schrumpfende Minderheit traditioneller Hausfrauen würden gegenüber der großen Mehrheit der Eltern, die Beruf und Familie vereinbaren – und Beiträge zahlen – krass bevorzugt. Selbst unmündige Teenager ohne Beruf, Schul- oder Lehrabschluss erhielten ein Muttersalär. Ohne Bedarfsprüfung wäre es rein ideologische Umverteilungspolitik, eine weitere, kostspielige Ausstiegsprämie: Schon jetzt gehen 93,5 Prozent direkter Familienförderung in Ausstieg (Mitversicherung, Alleinverdiener-Absetzbetrag etc.), 6,5 Prozent in Wiedereinstiegshilfen; und nur drei (!) Prozent aller Familienausgaben sind Karenzgeld. KFA verschärfte Österreichs Hauptproblem: die längst dramatisch hohe Erwerbslosigkeit im Erwerbsalter.

3. KFA und KBS wären ein international einzigartiges, national-natalistisches, Muttergehalt – *gegen alle EU-Trends und viele Richtlinien der* Kommission. Im Vollausbau kostete der KBS 44 Mrd. S jährlich. Praktisch eine Vervierfachung der Familienbeihilfen bzw. eine Vervierfachung der Karenzgeld-Dauer: Vielfaches Kindergeld im Land mit den bereits welthöchsten Familienleistungen – als ob Weltbester nicht genug wäre!

Betreuungsscheck

4. Den KBS würden sich die Familien durch Entfall vieler Leistungen wie Karenzgeld, Teilzeit-, Betriebs- und Wiedereinstiegshilfen teilweise selbst bezahlen. Er wäre meist niedriger als Karenzgeld oder Sondernotstandshilfe, ohne Rückkehr-Ticket in den Beruf (wie z. B. Anspruch auf Kurse). Erwerbstätigen-Fonds (FLAF, ALV) würden (wie bei KFA) unfreiwillig freiwillig Erwerbslose subventionieren und Länder- und Gemeindemittel für (beschäftigungswirksame) Kindergärten auf (jobsparende) Privattransfers umgewidmet. *Nicht jedes Kind wäre gleich viel wert*: „Zweit-, Dritt- oder Siebentkinder" wären „billiger" (außer bei „Zweit-, Dritt- und Fünftfrauen"), weil *Schecks pro Kinderbetreuerin und nicht* wie Karenzgeld *pro Kind* ausgezahlt würden. Wäre professionelle Betreuung nur für Wohlhabende (bis 4000 S Aufzahlung pro Kindergartenplatz), während NormalverdienerInnen zu häuslicher Betreuung genötigt wären?

Sozialstaffelung gibt es weder bei KBS noch bei KFA. Im Beruf gäbe es weiters drop-out *und* crowding-out der Frauen bzw. stärkere Segregation und erschwerten Wiedereinstieg.

Eine Milliarde KFA per se erforderte noch kein neues Sparparket; gefährlich ist es als *„erster Schritt" in die verkehrte Richtung* von bis zu 44 Mrd. KBS, der Alimentierung eines sündteuren, zutiefst wirtschaftsfremden, europafernen, frauen- und kinderfeindlichen Mutterkults reaktionärer Randgruppen – Alte Rechte statt Neuer Mitte in der ÖVP. Doch „Christliche Marktwirtschaft" gibt es so wenig wie „katholische Stahlpreise" (C. Raidl); das Soziale und Familienfreundliche an einer Marktwirtschaft bemisst sich nicht an Fertilitäts- und Hausfrauenraten.

Freistellungsrechte

5. Beide Eltern sollten Beruf und Familie vereinbaren können, ohne große Nachteile. Z. B. durch Rechte auf unbezahlte Freistellungen (Familienzeit, Elternteilzeit, Wahlarbeitszeit), Sach- und Dienstleistungen, nicht nur Geld (Karenz, Familienbeihilfen). Natürliche sollen sich Eltern auch frei gegen Beruf und – vorübergehend oder dauerhaft – nur für Familie entscheiden können.

Doch *Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie / Karenz* kann es nur für BerufsunterbrecherInnen geben, nicht für Erwerbslose. *Wahlfreiheit zwischen Beruf und Familie / Erwerbslosigkeit* kann es nur auf eigene, nicht auf Kosten der Allgemeinheit geben! KFA und KBS wären ein Schlag ins Gesicht der Mehrheit berufstätiger Mütter, die mit ihren Beiträgen das Müttergehalt von Nur-Hausfrauen finanzieren müssten. Nichts spricht freilich gegen eine steuerfinanzierte (!) bedarfsorientierte Grundsicherung aller Kinder und Mütter, die aber – schon aus Gründen der Fairness und Erwerbsanreize – deutlich unter einer neuen einkommensbezogenen Karenzversicherung zur Entgeltfortzahlung für familienorientierte Eltern liegen sollte. Familienpolitik braucht mehr Herz und Hirn, nicht noch mehr Geld!

Der Sozialwissenschafter Bernd Marin, Direktor des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien, eröffnet mit diesem Beitrag eine neue STANDARD*-Serie: Jeden Montag werden österreichische und internationale Experten aktuelle wirtschaftspolitische Fragen analysieren.*